Berner Tagwacht

Samstag
18. März 1989

Wahlen 1990: Diskussion

Die Berner Tagwacht diskutiert – lädt ein zum Diskutieren über die Listengestaltung für die Regierungsratswahlen vom nächsten Frühling. Wie sollen die Linken und Grünen antreten? Je allein? Oder zusammen? Gar mit einer Neunerliste, wie es beispielsweise POCH-Sekretär Christian Zahler letzten Dienstag vorschlug. Diese Diskussion, so finden wir, muss breit abgestützt sein. Sie darf nicht an die Politprofis delegiert werden.
In diesem Sinn geht's heute also in eine nächste Runde. Heute vertreten je ein/eine Vertreter/in von SP und FL und zwei Beobachter der Berner Polit-Szene die eine Meinung: Die richtige Antwort auf den bürgerlichen Machtanspruch ist eine gemeinsame rot-grüne Liste.
Ärgert Sie das jetzt? Haben Sie eine andere Meinung, dann schreiben Sie uns. Beteiligen Sie sich, schicken Sie Ihren Beitrag (höchstens 80 Zeilen à 38 Anschlägen) an die Berner Tagwacht, Postfach 2615, 3001 Bern.
P.S. Nächste Woche fallen übrigens wichtige Vorentscheide. Am Montagabend wird die Freie Liste u.a. über dieses Thema diskutieren. Ob's allerdings zu einem eigentlichen Listenbeschluss kommt, ist noch nicht ausgemacht. Und: Am Mittwoch entscheidet der SP-Parteivorstand zuhanden des Juni-Parteitages. Die SP-Geschäftsleitung empfiehlt dem Vorstand, sich für eine eigene Dreier-Liste zu entschliessen.

Brigitte Bittner, SP-Grossrätin

Rot-Grün

Zu erwarten ist, dass wie in den letzten Wahlen auch in den bevorstehenden, sowohl Grüne als auch Linke und Freie Wählergruppen ihr Votum abgeben werden. Daraus ergibt sich die Frage einer rot-grünen Zusammenarbeit. Beim traditionellen Flügel der SP stösst dieser Gedanke auf mancherlei Bedenken. Sollen diese politischen Greenhorns unseren über Jahrzehnte aufgebauten Parteiapparat für ihre politische Arbeit benützen und uns unser treues Wählerpotential irritieren oder gar wegnehmen? Handelt es sich da nicht um aktivistische und verkappte Bürgerliche sowie abgesprungene Freisinnige denen Erfahrung und politisches Handwerk fehlt, um mitregieren zu können?
Schaut man nur auf das Spektrum im rot-grünen Lager, stellt man leicht Unterschiede hinsichtlich des politischen Inhaltes und der politischen Radikalität fest. Die Mehrheit in beiden Lagern aber dürfte mit einem real-politischen Sachverstand erkannt haben, dass wir vor gemeinsamen politischen Aufgaben stehen. Gemeinsames Gedankengut finden wir im **Umweltbereich**, (in Boden-, Luft-, Planungs-, Energie- und Verkehrsfragen), auch im Bereiche der **Menschenrechte** (Ausländer-, Jugend-, Frauen- und Drittweltfragen), in Gesundheits-, Sozial- und Bildungsfragen gehen unsere gemeinsamen Anstrengungen meistens auch in dieselbe Richtung. Es geht ja nicht nur ums Überleben unseres eigenen Staates, sondern ums Überleben der nächsten Generation und des Planeten schlechthin. Angesichts dieser drängenden Aufgaben wirkt die grundsätzliche Ablehnung einer rot-grünen Zusammenarbeit wie die Diskussion, ob man zum Löschen eines brennenden Hauses das Wasser aus dem Schlauch oder aus dem Kübel nehmen soll.
Ich verstehe die Partei als ein offenes menschliches System, dessen Lebendigkeit und Anpassungsfähigkeit durch innere und äussere Reize erhalten wird. Anregungen sowohl aus dem eigenen, wie auch dem Alternativlager sollten nicht leichtfertig abgewiesen werden. Die ehrliche Betroffenheit dieser engagierten Menschen darf nicht belächelt werden, sondern sollte willkommen geheissen werden. Zusammenarbeit über die Lager hinweg ist kein demokratischer Luxus, sondern Überlebensnotwendigkeit.
Die entscheidende Grundhaltung für eine Offenheit gegenüber einer rot-grünen Zusammenarbeit ist gerade diese Betroffenheit gegenüber den brennenden Fragen unserer Zeit. Es gilt gemeinsamen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen!

Brigitte Bittner-Fluri
SP-Grossrätin, Saanen

Das meint Werner Seitz, Politologe

Mit Einheitsliste mobilisieren

Die jetzige parteipolitische Zusammensetzung des Regierungsrates entspricht nicht den tatsächlichen politischen Kräfteverhältnissen im Kanton Bern. Nehmen wir die Parteienstärken im Grossen Rat (1986 bis 1990) als Vergleichsgrösse, so hätte die SVP einen Anspruch auf 3,5 Sitze, die SP auf 2,5 Sitze, die FDP auf 2 Sitze und die Grünen auf 1 Sitz; dieselbe Verteilung ergäbe sich aufgrund der Parteienstärken bei den Nationalratswahlen von 1987. Solche «Ableitungen» sind zwar mit Vorsicht zu geniessen, erfolgen doch die Wahlen in den Grossen Rat und den Nationalrat nach Proporz-, jene in den Regierungsrat nach Majorzverfahren. Sie begründen aber immerhin die Vermutung, dass die rot-grünen Kräfte bei den kommenden Regierungsratswahlen wieder in die Minderheit versetzt werden.

Hintergründe der Wahl 1986

Rekapitulieren wir nochmals kurz die Gründe, die 1986 zur denkwürdigen Wahl der rot-grünen Regierungsmehrheit führten. Das traditionelle Bündnis von SVP und FDP befand sich in einer Krise; beide Parteien traten mit eigenen Listen zu den Regierungsratswahlen an. Die FDP portierte zudem mit Geneviève Aubry eine auch in bürgerlichen Kreisen umstrittene Kandidatin. Nachdem die SVP ihre vier Kandidaten bereits im ersten Wahlgang durchgebracht hatte, war für sie die Sache gelaufen; die SVP-WählerInnen gingen für den zweiten Wahlgang nur spärlich an die Urne und unterstützten teilweise sogar die KandidatInnen der Freien Liste. So konnte die FL, mit Hilfe derjenigen Kräfte, die mit dem Bern der «Gnädigen Herren» brechen wollten, der FDP ihre beiden Regierungssitze abjagen.

Für 1990 ein «roll back»)

Ohne hellseherische Fähigkeiten kann für die Regierungsratswahlen von 1990 angenommen werden, dass FDP und SVP wieder geeint antreten werden. Es ist auch eher unwahrscheinlich, dass diese bürgerliche Einheit durch eine andere (rechts)-bürgerliche Kandidatur ernsthaft konkurrenziert werden könnte; Autopartei und NA werden wohl auf eine eigene «Profilierungs»-Kandidatur verzichten, wenn sie dadurch ihre Erzfeinde, die Grünen, aus der Regierung verdrängen können (eine ähnliche Zurückhaltung zugunsten eines starken «Vierer mit» – zeigten diese Parteien schon bei den Gemeinderatswahlen in der Stadt Bern im letzten Dezember). Wir können also bei den kommenden Regierungsratswahlen mit einer geschlossenen bürgerlichen Liste – wohl mit sechs Kandidaten – rechnen; und diese dürften aufgrund des Majorz-Wahlsystems reüssieren. Nur fünf bürgerliche Sitze wären bereits eine mittlere Überraschung.

Konfliktstoff im rot-grünen Spektrum

Die jetzige rot-grüne Regierungsmehrheit wird sich wohl mit drei, nur im Überraschungsfall mit vier Sitzen begnügen müssen – und da liegt reichlich Konfliktstoff drin. Die SP als stärkste Kraft im rot-grünen Spektrum hat dank dem Majorzsystem grosse Chancen, alle drei Sitze zu erobern, vor allem wenn sie mit einer eigenen Liste antritt. Christoph Steinlin schätzt die Lage daher richtig ein, wenn er in der BT vom letzten Samstag schreibt, dass von einer gemeinsamen Liste SP/FL vor allem der kleinere Partner profitieren würde und dass die SP «vielleicht der FL (Leni Robert) auf Kosten ihres eigenen 3. Regierungsrates zur Wahl verhelfen würde».
Dass er daraus aber folgert, die SP solle mit einer eigenen Liste in den Wahlkampf ziehen, mag parteipolitisch kurzfristig richtig sein; längerfristig aber dürfte ein solch technokratisches Politikverständnis der SP aber schaden. Es könnte nämlich von den WählerInnen als unmoralisch empfunden werden, wenn gerade jene Partei, die erst kürzlich eine Volksinitiative zur Einführung der Proporzwahl lanciert und im Abstimmungskampf verteidigt hat, nun gegenüber der kleinen Partnerin die Vorteile der Majorzwahl ausspielt und ihr einen Sitz, der ihr bei Proporzwahlen zufallen würde, vorenthält (1986 hätte die SP bei Proporzwahlen 2, die FL 1 Sitz gemacht). Auf noch weniger Verständnis stiesse bei den WählerInnen, dass dem Durchsetzen des sozialdemokratischen Herrschaftsanspruches im rot-grünen Spektrum unter anderem gerade die einzige Frau in der Berner Regierung zum Opfer fallen könnte, jene Frau, die wie kein anderes Mitglied in der Berner Regierung den Bruch mit der altbernischen Filzherrschaft symbolisiert und die mit ihrer Regierungsarbeit neue Massstäbe gesetzt hat.

Zu meinen, eine solche Empörung der WählerInnen könnte die SP verkraften, hiesse, die Zeichen der Zeit zu übersehen. die Bindungen der BürgerInnen an eine bestimmte Partei werden immer lockerer; unter den Regierungsparteien ist die SP von diesem Prozess am stärksten betroffen: Der Anteil jener SP-WählerInnen, die sich der SP eng verbunden fühlen, liegt nur noch wenig über 50 Prozent; die übrigen S[P-WählerInnen haben namentlich auch Sympathien zu grünen Gruppierungen. Und ob diese einen Alleingang der SP, der die FL aus der Regierung verdrängt, akzeptieren und honorieren würden, ist kaum anzunehmen. Es könnte vielmehr negative Konsequenzen für die SP haben bei den gleichzeitig stattfindenden Grossrats-Wahlen. Dass sich die Abgrenzung der SP von den Grünen nicht lohnt, zeigten vor einigen Wochen die Wahlen im Aargau, wo die SP überall verlor, wo sie eine Listenverbindung mit den Grünen ausgeschlagen hat.

Opfer – Leni Robert?

Den Fehler eines parteiegoistischen Alleinganges sollte die SP nach den Berner Gemeinderatswahlen 1988 nicht noch ein weiteres Mal begehen. Gret Haller wäre mit einer rot-grünen Einheitsliste heute wohl noch Gemeinderätin; ob auf Kosten von Joy Matter (JB/FL) oder Klaus Baumgartner (SP) lässt sich nur schwer rekonstruieren. Gret Haller war das Opfer der sektiererischen Politik der SP – dies vor allem, weil Gret Haller nicht die traditionelle SP-Politikerin verkörpert, sondern im grün-roten Spektrum verankert ist. Soll nun der Abgrenzungspolitik der SP erneut eine Frau zum Opfer fallen?
Wenn auf der anderen Seite die FL durch ihren Sekretär selbstbewusst eine eigene Liste reklamiert (BT vom Dienstag), ist dies verständlich, aber blauäugig: Nachdem bei den Nationalratswahlen 1987 einige Journalisten die «Hoffnungen» der WählerInnen arg strapaziert haben, sollten solche Geister wider besseres Wissen nicht mehr geweckt werden; dadurch werden nur die eigenen Leute demobilisiert. Unter Umständen mag ein Sitz auf Kosten der SP ja drinliegen, vor allem, wenn man in Betracht zieht, dass die Affinitäten der kleineren grünen und alternativen Parteien zur FL grösser sind als jene zur SP.

Einheitsliste: Alle profitieren

Mobilisierend für das gesamte rot-grüne Spektrum aber dürfte es wirken, wenn sich alle linken, grünen und alternativen Gruppen und Parteien auf eine einzige Liste einigten, mit drei SozialdemokratInnen und den bisherigen VertreterInnen der FL, eventuell ergänzt um weitere Vertreterinnen der anderen kleineren Gruppierungen und Parteien. Das bürgerliche «roll back» wird zwar auch so nicht zu verhindern sein. Vielleicht liegt bei einer so demonstrierten anti-bürgerlichen Einheit ein vierter Sitz drin, sicher aber wird es allen grünen und linken Kräften für die Wahlen in den Grossen Rat zu Gute kommen.

Werner Seitz, Politologe
Forschungszentrum für schweizerische Politik

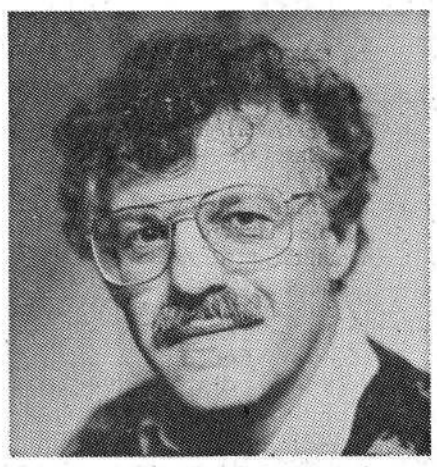
Die BT-Samstagskolumne: Heinz Däpp

Streit um eine Selbstverständlichkeit

Nun wird also in der Tagwacht seitenlang über eine Selbstverständlichkeit gestritten, über die Selbstverständlichkeit, dass Linke und Grüne sich übers Jahr gemeinsam, auf einer gemeinsamen Regierungsratsliste und mit verbundenen Grossratslisten, gegen die vereinigten Bürgerlichen zur Wahl stellen müssen. Dass die Selbstverständlichkeit so viel zu reden und zu schreiben gibt, sagt vorab einiges aus über den Zustand der Sozialdemokratischen Partei.

Wenn die SP das Bündnis mit den Grünen verweigert, dann beteiligt sie sich vorsätzlich an der Restauration der alten Berner Konkordanz, dann lässt sie sich schon im voraus wieder artig an die bürgerliche Leine nehmen. Sich abgrenzen von den Grünen heisst für die SP, sich ausgrenzen aus der Linken. Wenn die SP sich als die bessere bürgerliche Partei versteht, wenn sie der SVP ein paar Biobauern und der FDP den letzten Liberalen abspenstig machen will, dann soll sie. Aber dann darf sie sich nicht wundern, wenn sich weitere linke Wählerinnen und Wähler enttäuscht von ihr abwenden.

Das Problem der SP, gesamtschweizerisch gesehen, liegt doch darin, dass diese Partei nicht zur Kenntnis nimmt, wie grundlegend sich die schweizerische Politik seit den fünfziger und sechziger Jahren verändert hat. Das Ringen um Kompromiss und Konsens, das damals der Konkordanz ihren Sinn gegeben hat, ist einer Politik gewichen, in der die bürgerliche Mehrheit diktiert. Die Minderheit wird durch kleine Zugeständnisse bei Laune gehalten, sie darf Opposition markieren und demokratische Auseinandersetzung supponieren. Der Papiertiger kläfft zwar



Heinz Däpp, Journalist und Kenner der Berner Politszene

manchmal ganz fürchterlich, aber er beisst nicht mehr, auch wenn er stets kürzer am Gängelband gehalten wird. kann es da verwundern, wenn immer mehr Wählerinnen und Wähler einer Partei die Gefolgschaft verweigern, die ihre eigene Politik immer weniger durchzusetzen vermag, als Konkordanzpartner aber die bürgerliche Mehrheitspolitik mitzutragen bereit ist?

Im Kanton Bern hat die SP die vielleicht fast ein bisschen historische Chance, im Bündnis mit den Grünen ihr eigenes Profil zurückzugewinnen. Eine Bündnispolitik ist kein Eingeständnis von Schwäche oder Abhängigkeit, sondern die Einsicht, dass sich der Stellenwert der Parteien – auch der bürgerlichen – in den letzten zwei Jahrzehnten nachhaltig verändert hat, dass Parteien keine politischen Heimatorte mehr sind. Die Aktivisten der Partei müssen sich sagen lassen, dass sie für potentielle sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler nicht mehr repräsentativ sind. SP zu wählen, oder eben auch nicht, ist das Resultat nüchterner politischer Überlegungen. Wichtig ist nicht das mutmassliche Wahlergebnis im kommenden Jahr, das in der Majorzwahl des Regierungsrates weitgehend durch den Bürgerblock Gelegenheit zum Widerstand erhalten. Das Konkordanzsystem hat die Eigenschaft, Anpassung oder Ausstieg zu provozieren – nicht Widerstand. Und wenn die SP den Nutzniessern dieses Systems weiterhin die Steigbügel hält, dann weigern sich immer mehr potentielle SP-Wählerinnen und -Wähler, diesen konkordanten Starrkrampf, den sie mit dem Wahlzettel nicht verändern können, auch noch zu legitimieren.

Übrigens: Die Ironie des sozialdemokratischen Schicksals will es, dass die Anbiederung an die bürgerlich dominierte Konkordanz mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht einmal etwas bringt.
Ich würde wetten, dass keine sozialdemokratische Frau sich dazu hergibt, auf einer Nur-SP-Liste gegen Leni Robert anzutreten. Sozialdemokratinnen sind anständig. Und mit einem Männlein wird es kaum gelingen, eine Frau aus der Regierung wegzusäubern, die den Beweis erbracht hat, dass die Ämter die Menschen nicht zwangsläufig korrumpieren.

Heinz Däpp

PS. Es soll auch Grüne geben, die sich allein am stärksten fühlen. Ihnen ist nicht zu helfen. Sie leiden unter galoppierendem Realitätsverlust.

Ruedi Baumann, Grossrat FL

Mehr als warnen

Grüne Politik ist weiblich: spontan, aus dem Gefühl heraus. Nicht die eigenen materiellen Vorteile stehen im Vordergrund, sondern die Sorge und das Engagement um eine lebenswerte Umwelt für zukünftige Generationen. Aber auch die uneigennützigste Politik kann nicht immer nur spontan sein, sondern muss Wege suchen sich durchzusetzen. Es darf nicht genügen, den Finger auf wunde Punkte zu legen, man muss die angeprangerten Missstände auch ausräumen wollen, sonst ist grüne Politik auf die Dauer nicht glaubwürdig.
Was früher Privileg der Sozialdemokraten war, gilt heute auch für die Grünen: Sie dürfen ihre Forderungen und Warnungen zwar verkünden, direkte Erfolge können sie aber selten für sich verbuchen. Es bleibt ihnen jeweils die Befriedigung, wenn bürgerliche PolitikerInnen unter dem Druck der Zeit die vorher von der Linken thematisierten Probleme nachträglich doch noch aufgreifen müssen. Seit jeher wurde darum der SP gerne die Rolle der Warnerin zugestanden, womit sie sich aber nie begnügt hat. Ziel blieb immer, die nötigen Mehrheiten für die direkte Durchsetzung der Anliegen zu finden.
Wenn die Freie Liste und die SP im Kanton Bern nicht zum Feigenblatt für bürgerliche Politik verkommen wollen, müssen sie neben der Fortsetzung der rot-grünen Regierungspolitik auch eine Verstärkung des rot-grünen Blocks im Parlament anstreben. Und es ist nicht einsichtig, weshalb sie dieses Ziel nicht partnerschaftlich verfolgen sollen. Zu erkennen wäre vorgängig allerdings auf beiden Seiten, dass Partner durchaus eigenständig bleiben können. Trotz gemeinsamen Listen für Regierungs- und Grossratswahlen, müssten die Grünen nicht auf ihre heissgeliebte Spontaneität verzichten, und die Roten wären andererseits nicht verpflichtet, auf jeden Jux gleich einzusteigen. Selbstverständlich in jeder guten Partnerschaft ist die Rücksichtnahme und das Verständnis für Herkunft, Geschichte und Vorstellungen des anderen. Ausserdem sollte beiden Teilen die Chance eingeräumt werden zu lernen und sich zu entwickeln.
In der laufenden Legislatur waren sich Grüne und Rote in Regierung und Parlament die zuverlässigsten Partner. Keiner Seite würde es schaden, wenn sie – neben guter Sachpolitik – auch noch ein bisschen in Wahltaktik machen würde. Taktik hat nichts mit unsauberen Machenschaften aber sehr viel mit dem Erkennen und Ausschöpfen der Möglichkeiten unseres Wahlsystems zu tun. Die Freisinnigen werden sich hüten, ihre Regierungsbeteiligung je wieder im Alleingang anzustreben. Und es ist nicht unbedingt nötig, dass die Freie Liste die wahltaktischen Fehler der FdP von 1986 imitiert. Eine rot-grüne Regierungsratsliste und, je nach Situation, rot-grüne Grossratslisten in einzelnen Wahlkreisen wären nicht nur Ausdruck für den Wunsch, eine gute Politik weiterführen zu wollen; gemeinsame Listen könnten auch dazu beitragen, dass die Wirtschaftsvertreter, die Wachstumsfanatiker, die Sozialabbauer und die freie-Fahrt-Politiker nicht wiederum allein das Sagen haben.

Ruedi Baumann,
Grossrat, Fraktionschef Freie Liste

LdU zu Hundehütte: Keine Glanzleistung

pd. Der LdU der Stadt Bern ist mit der Reitschul-Politik des Gemeinderates nicht einverstanden. Die Räumung des Vorplatzes zeigt die Taktik, mit der seit Monaten vorgegangen wird: Verschieben und Aussitzen der Probleme, Kosmetik. Für den Wegtransport von «Unrat» kann zwar ein gewisses Verständnis aufgebracht werden, nicht aber dafür, dass die betroffenen Obdachlosen auf gleiche Weise behandelt werden. Die Reitschule kann nicht alle sozialen Probleme der Stadt lösen, das Experiment Kulturraum müsste daran scheitern.
Ebenfalls kein Ruhmesblatt ist die Abwartetaktik in Sachen Gebäudeunterhalt. Der Gemeinderat kommt seiner Pflicht nicht nach, wenn er architektonisch erhaltenswerte Gebäude verlottern lässt. Es wäre billig und verantwortungslos, auf diese Weise den Abbruch unvermeidlich machen zu wollen.